Ausgabe 3 | Oktober 2016

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

TTIP und CETA stoppen!

Zwei Freihandelsabkommen mit Gefahren

Steuerzahler entlasten
Steuerkonzept der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Fraktionsklausur im Allgäu
Politik für die Heimat und die Menschen vor Ort

FREIE WÄHLER im Landtag
Ein starker Partner für Kommunalpolitiker

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag:
die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Günther Felbinger, MdL

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Inklusion“, sportpolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Dr. Karl Vetter, MdL

Gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Bewährtes erhalten – TTIP und CETA stoppen!

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Jahren befassen wir FREIE WÄHLER uns mit den umstrittenen Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA. Unsere Sorge um den Erhalt bewährter kommunaler Daseinsvorsorge, Verbraucher-, Umwelt- und Sozialstandards sehen wir mehr denn je bestätigt.

Mitte September gingen deutschlandweit Hunderttausende Menschen gegen diese unausgegorenen Handelsabkommen auf die Straße. Allein in München waren es über 20.000 besorgte Bürger. Sie befürchten wie wir eine Angleichung von Standards auf niedrigem Niveau und monieren zu Recht eine mangelnde Transparenz bei den Verhandlungen. Als FREIE WÄHLER sehen wir uns dadurch in unserer Forderung, eine Volksbefragung zu den umstrittenen Freihandelsabkommen durchzuführen, bestärkt. Ministerpräsident Seehofer steht in der Pflicht, im Interesse der bayerischen Bevölkerung im Bundesrat sein Veto einzulegen. Welche Gefahren für die kommunale Daseinsvorsorge, für Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Handwerk und viele andere Bereiche konkret mit CETA verbunden sind, erfahren Sie in dieser Ausgabe unserer Fraktionszeitung.

Als FREIE WÄHLER haben wir uns diesmal auch entschlossen, einen eigenen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zu nominieren. Alexander Hold, deutschlandweit aus dem Fernsehen bekannt, ist Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER im Stadtrat von Kempten und Bezirksrat. Er war Staatsanwalt und ist Richter. Gerade auch in Zeiten, in denen die Wähler das Vertrauen in die Regierung verloren haben und radikale Parteien immer mehr Zulauf bekommen, wollen wir den Bürgern politische Orientierung geben. Als verantwortungsvoller Richter und engagierter Kommunalpolitiker der FREIEN WÄHLER hat Alexander Hold sich über alle Parteigrenzen hinweg einen hervorragenden Ruf erworben. Auf unserer Fraktionsklausur in Kempten diskutierte er mit unseren Abgeordneten. Auch darüber erfahren Sie mehr in unserer aktuellen Ausgabe.

Viel Freude beim Lesen!

Ihr Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81675 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
Seiten 6/7, 9 (Prof. Fisahn), 14/15, 20/21, 26/27: Beate Hones;
Seite 29: Gottfried Obermair; Seite 30: Rolf Poss, Seite 31: Dirk Oberjasper („Kurz berichtet"); Thinkstock; Fotolia; iStock; Getty Images

Artdirection und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Inhalt

Fraktionsklausur in Kempten 6

TTIP und CETA – Ein Freihandelsabkommen mit Gefahren 8

TTIP und CETA – Auswirkungen für Landwirtschaft und Verbraucherschutz 9

TTIP und CETA – Unsere Bildung steht auf dem Spiel! 10

TTIP und CETA – Gefahr für unseren Mittelstand 11

TTIP und CETA – Gefahr für den Rechtsstaat. 12

TTIP und CETA – Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge 13

Parlamentarischer Abend: Volksmusik in Bayern 14

Absenkung des Rentenniveaus 16

Steuerkonzept der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion 17

Freistellung für Jugendarbeit 18

Wohnimmobilienkreditrichtlinie 19

Aus der Kommunalpolitik in den Landtag: Kommunalkongress in Nürnberg 20

Schnelles Internet in Bayerns Zügen. 22

Forschungsreaktor Garching. 23

Konventionelles Fracking weiterhin erlaubt. 24

Haftungsfreistellungsfonds für Hebammen. 25

Treffen mit Gemeindetag und Landräten 26

Zukunft des öffentlichen Dienstes 28

Fraktion vor Ort 29

Abgeordnete im Porträt: Hans Jürgen Fahn. 30

Kurz berichtet 31

Zahl des Quartals. 31

Was sonst noch los war 31

Orange markierte Themen werden auf dem Titel erwähnt.

Fraktionsklausur der FREIEN WÄHLER in Kempten

Politik für die Heimat und die Menschen vor Ort

Drei Tage lang berieten die Abgeordneten auf ihrer Herbstklausur in Kempten über die aktuelle politische Lage sowie regionale Themen.

Als prominenten Gast empfingen sie den Juristen, Kommunalpolitiker und TV-Richter Alexander Hold – ihren **Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten.** Hold wird sich bei der nächsten Bundesversammlung im Februar 2017 zur Wahl stellen. Er will sich vor allem für das Kernanliegen der FREIEN WÄHLER, mehr Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen, einsetzen. Mit Holds Kandidatur wollen die FREIEN WÄHLER die Wutbürger wieder für sachorientierte Politik zurückgewinnen.

„Die Menschen spüren eine zunehmende Verunsicherung, weil die Regierungen von Land und Bund immer mehr Baustellen nicht mehr im Griff haben."

Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Für ein gutes Gelingen der **Energiewende** sind die kommunalen Stadtwerke die wichtigsten Partner. Deshalb stand für die Abgeordneten auch ein Besuch des Allgäuer Überlandwerks auf dem Programm. Dort informierten sie sich über unterschiedliche Möglichkeiten der Wasserkraftgewinnung. Die Kraftwerke in Sulzberg/Au und Kempten zeigen eindrucksvoll, dass ein Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie möglich ist. Sie sind damit ein Beleg dafür, dass die Wasserkraft in Bayern noch weiter ausgebaut werden muss.

Die deutsche **Milchwirtschaft** leidet massiv unter der nach wie vor anhaltenden Milchpreiskrise. Das Allgäu mit seinen kleinen, familiengeführten Milchviehhöfen ist davon ganz besonders betroffen. Die Schleuderpreise der Discounter sind existenzgefährdend für Tausende Milchbauern. In einer Expertendiskussion beleuchteten die Abgeordneten die aktuell schwierige Situation und die Konzentration der Märkte.

Auch mit dem **Tourismus im Allgäu,** einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region, befassten sich

Hubert Aiwanger, MdL, und Ulrike Müller, MdEP, stellen den Kandidaten der FREIEN WÄHLER für das Amt des Bundespräsidenten vor: den Kommunalpolitiker und TV-Richter Alexander Hold.

die Abgeordneten. Über zehn Prozent der Wertschöpfung werden in diesem Bereich erwirtschaftet. Prof. Dr. Alfred Bauer, Dekan der Tourismus-Fachhochschule in Kempten, informierte über die aktuelle Lage und die Potenziale des Allgäus, der größten Tourismusdestination in ganz Deutschland. Die Situation in der Branche ist nicht besonders rosig. Denn die Konkurrenz schläft nicht und das Allgäu steht in direktem Wettbewerb mit Regionen im benachbarten Österreich und in Südtirol. Bereits jetzt leidet der Wintertourismus im Allgäu erheblich. Als FREIE WÄHLER sehen wir hier Ansätze zur Verbesserung der Situation z. B. durch eine dringend notwendige Weiterentwicklung des Baurechts, die es ermöglicht, dass Tourismus und Landwirtschaft unter einem Dach nicht mehr so stark beschränkt werden.

„Der Preisverfall der Milch hat auch die anderen Sektoren erreicht, die drohenden Freihandelsabkommen lassen einen weiteren Dumpingwettbewerb befürchten. Die Politik ist hier in der Pflicht, eine Lösung zu finden."

Dr. Leopold Herz, MdL, agrarpolitischer Sprecher

Ein weiteres wichtiges Thema waren die umstrittenen Freihandelsabkommen **TTIP und CETA.** Zu deren möglichen Auswirkungen stellte der renommierte Jurist Prof. Dr. Andreas Fisahn ein neues Rechtsgutachten vor. Darin belegte er, dass die beiden Abkommen unser hohes Niveau beim Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen bedrohen. Die Pflicht des Staates zum Schutz der menschlichen Gesundheit gemäß Art. 20a des Grundgesetzes würde durch CETA und TTIP untergraben werden. Besonders durch den vorgesehenen Investitionsschutz und das Klagerecht für Investoren droht demnach unser Vorsorgeprinzip endgültig ausgehebelt zu werden. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion kämpfen wir seit langem dafür, diese Freihandelsabkommen zu stoppen. ■

Dr. Leopold Herz, MdL
Abgeordneter aus dem Allgäu

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion beim Besuch des Allgäuer Überlandwerks.

TTIP und CETA

Zwei Freihandelsabkommen mit Gefahren

Seit Monaten geistert der Begriff CETA durch die Medien. Was verbirgt sich dahinter? Das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) ist ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und Kanada. Die Verhandlungen dazu begannen bereits 2009. Das Besondere an diesem Handelsabkommen ist die Reichweite der Vertragsbestandteile.

Neben dem Abbau von Handelshemmnissen sollen auch gleichzeitig allgemeinverbindliche Regeln für Investitionen mit exklusiven Klagerechten für Konzerne aufgestellt werden. Wie auch bei seinem großen Bruder, dem EU-USA-Abkommen TTIP, lief der Verhandlungsprozess hinter verschlossenen Türen ab. CETA ist schon fertig verhandelt und der endgültige Vertragstext ist veröffentlicht.

Dieser macht deutlich, dass sich CETA auf das Leben aller europäischen Bürger auswirken wird – das Abkommen ist umfassend und hat laut Experten wie Prof. Andreas Fisahn (Bielefeld) Auswirkungen auf Bereiche wie Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit oder laut Prof. Martin Nettesheim (Tübingen) auf unsere öffentliche Daseinsvorsorge und allgemein auf den politischen Gestaltungsspielraum der Länder und Kommunen.

TTIP und CETA sind ein Angriff auf unsere hart erkämpften Standards, auf Demokratie und Rechtsstaat. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir bereits seit Jahren auf die mit TTIP und CETA verbundenen Gefahren hingewiesen und sind auch mit vielen Initiativen tätig geworden:

- Im März haben wir eine **Unterschriftenaktion** gegen CETA gestartet und die innerhalb weniger Monate gesammelten 20.000 Unterschriften an Ministerpräsident Seehofer übergeben.
- Im Juli wurde in Bayern ein **Volksbegehren** gegen CETA gestartet. Allein an einem Wochenende haben mehr als 50.000 Personen gegen das Freihandelsabkommen unterschrieben. Das sind doppelt so viele Unterschriften, wie für ein Volksbegehren nötig sind. Dass das notwendige Quorum von 25.000 Unterschriften in so kurzer Zeit 200-prozentig erfüllt wurde, ist in der Geschichte der bayerischen Demokratie einzigartig.

Es zeigt, dass sehr viele Menschen in Bayern in großer Sorge sind und den Abschluss dieses Abkommens nicht wollen. Deswegen kämpfen wir auch weiterhin gemeinsam im Landtag im Sinne der bayerischen Bürger. ■

Lesen Sie auf den folgenden Seiten, welche Auswirkungen CETA und TTIP für folgende Bereiche haben werden:

Landwirtschaft und Verbraucherschutz 9
Bildung 10
Mittelstand 11
Rechtsstaat 12
Kommunale Daseinsvorsorge 13

TTIP und CETA

Auswirkungen auf Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Sowohl für die familiengeführte bayerische Landwirtschaft wie auch für die Verbraucher bedeuten TTIP und CETA nichts Gutes. So verweisen sowohl europäische als auch amerikanische Studien durchwegs darauf, dass die amerikanische Agrarindustrie als großer Profiteur bei einer Handelsliberalisierung in der Landwirtschaft hervorgehen wird.

Die Wertschöpfung, aber auch die Produktionsmengen in zentralen Produktionsbereichen unserer heimischen Landwirtschaft würden zurückgehen: Rind, Schwein, Geflügel, Getreide, Zucker und weitere Bereiche kämen im Preiswettbewerb unter die Räder. Außerdem eröffnet CETA die Möglichkeit, die ausdrücklich zum Schutz unserer Landwirtschaft geschaffenen Zollkontingente im Nachhinein ohne Verhandlungen eines neuen Abkommens zu beseitigen. Für viele familiengeführte bäuerliche Betriebe könnte CETA also das Aus bedeuten!

„Ein von unserer Fraktion in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten macht ebenfalls deutlich, dass durch TTIP und CETA unser Grundsatz im Verbraucherschutz ausgehebelt werden kann."

Dr. Leopold Herz, MdL

Das Vorsorgeprinzip sieht vor, dass nur Produkte auf unseren Markt gelangen, bei denen Risiken für die Gesundheit ausgeschlossen werden können, während der nordamerikanische nachsorgende Ansatz umgekehrt erst den wissenschaftlichen Nachweis der Schädlichkeit eines Produktes verlangt, ehe ein Produkt vom Markt genommen wird.

Prof. Andreas Fisahn (kleines Bild) gibt zu bedenken, dass erst nach Inkrafttreten in noch zu entwickelnden technischen Anhängen die Regeln zur Gentechnik und Biotechnologie festgezurrt werden, die die Maßstäbe des gemeinsamen Schutzniveaus festlegen. Prof. Fisahn führt auch aus, dass unser Vorsorgeprinzip nicht erst seit CETA und TTIP im Welthandelsrecht zur Disposition steht. Beide Abkommen werden aber durch den geplanten Investitionsschutz dazu beitragen, dass die „Bombe für das Vorsorgeprinzip […] scharf gemacht" wird, wenn nunmehr Auslegungsfragen in diesem sensiblen Bereich durch klagende private Investoren geklärt werden müssen. ■

Dr. Leopold Herz, MdL
Agrarpolitischer Sprecher

Nikolaus Kraus, MdL
Verbraucherschutzpolitischer Sprecher

TTIP und CETA

Unsere Bildung steht auf dem Spiel!

Uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag ist wichtig, dass Bildung nicht zur Ware verkommt, sondern den Bürgern universell zugänglich ist. Bildung ist Daseinsvorsorge und der wichtigste Rohstoff, der unsere Heimat zum Land der Dichter und Denker machte und ihr zum wirtschaftlichen Erfolg verhilft. Bei den geplanten Handelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) geht es aber unter anderem um die Frage, inwieweit Bildungsdienstleistungen staatlich erbracht werden sollen und inwieweit Private Zugang zu diesem Markt erhalten.

„TTIP und CETA bergen gefährliche Einfallstore für eine weitere Kommerzialisierung der Bildung, die wir als FREIE WÄHLER entschieden ablehnen."

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Der CETA-Vertragstext ist mittlerweile bekannt und hier steckt der Teufel im Detail. Zunächst wird begrüßenswert festgeschrieben, dass alle Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Bildung ausgenommen sind, wenn sie staatlich finanziert werden oder staatliche Unterstützung in irgendeiner Form erhalten. Allerdings schweigt CETA über den Umgang mit den häufig vorkommenden Mischfinanzierungen im Bildungsbereich, bei denen die öffentliche Hand und Private gemeinsam beteiligt sind.

Es bleibt unklar, in welchem Umfang privates Geld in eine öffentliche Bildungsdienstleistung fließen darf, damit sie nicht als private gilt. Auch ist unklar, wie es sich mit staatlich verordneten Gebühren verhält, die von denjenigen zu zahlen sind, die eine Bildungsdienstleistung in Anspruch nehmen.

Theoretisch könnten so zu entrichtende Gebühren für VHS-Kurse oder Verwaltungsbeiträge der Studenten an Hochschulen eine öffentliche Bildungsdienstleistung zu einer privaten machen. Investoren können dann solche Lücken und Unwägbarkeiten zum Anlass nehmen, um über die vorgesehenen CETA-Streitschlichtungsmechanismen ihren Zugang in den öffentlichen Bildungsbereich nach und nach zu erstreiten. Das müssen wir verhindern! ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

TTIP und CETA

Gefahr für unseren Mittelstand

Freier Handel ist für unsere exportorientierte Wirtschaft in Bayern lebensnotwendig. Und doch plant die EU-Kommission zwei internationale Handelsabkommen, die gerade den kleinen und mittleren Betrieben größtenteils schaden werden. Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag haben uns deshalb gemeinsam mit mittlerweile 2.600 kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) deutlich gegen die Abkommen mit Kanada (CETA) und mit den USA (TTIP) positioniert. Auch der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) machte bereits deutlich, dass ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA nicht nur den Großkonzernen dienen darf, obwohl die gegenwärtigen Entwicklungen in diese Richtung zeigen.

„Insbesondere der angedachte Investitionsschutz in TTIP und CETA schafft ein Zweiklassenrecht: Ausländische Konzerne sollen bei uns exklusive Klagemöglichkeiten mit hohen Schadensersatzerwartungen erhalten, während einheimische Betriebe bei Streitfragen den bisherigen langen Weg durch die nationalen Instanzen gehen müssen."

Johann Häusler, MdL

Dass auch unsere Unternehmen in Nordamerika dieselben Klagemöglichkeiten erhalten sollen, ist dabei für den Mittelstand kein wirklicher Trost: Bei astronomisch hohen Verfahrenskosten von durchschnittlich ca. acht Millionen Euro wird die geplante Paralleljustiz nicht ihnen, sondern nur wieder den „Großen" einen Nutzen bringen. Auch die „Filetstücke" für Unternehmen in den Handelsabkommen, nämlich die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens auf beiden Seiten des Atlantiks, werden unserem Mittelstand mehr als abträglich sein: Unser Mittelstand wird sich schon aufgrund von Logistik- und Kapazitätsgründen kaum an kanadischen oder US-amerikanischen Ausschreibungen beteiligen, während bei unseren Ausschreibungen der Preiswettbewerb durch Großkonzernen aus Übersee als neue Konkurrenten zunehmen wird. Deshalb sprechen wir uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion entschieden gegen TTIP und CETA aus. Für unsere regionale, kleinstrukturierte Wirtschaft steht zu viel auf dem Spiel. ■

Johann Häusler, MdL
Handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher

TTIP und CETA
Gefahren für den Rechtsstaat

Mit einer Zustimmung zu TTIP und CETA werden sich die Parlamente zum Teil selbst entmachten. Denn im Rahmen der sogenannten regulatorischen Kooperation wird ein gemeinsamer Ausschuss ohne hinreichende demokratische Legitimation und parlamentarische Kontrolle beispielsweise über Zölle, Herkunftsangaben und Berufsqualifikationen entscheiden. Durch die regulatorische Kooperation entstünden Möglichkeiten zur Stärkung des Unternehmenseinflusses auf die Politik.

Ebenso schwerwiegend sind die Gefahren für unser Rechtssystem. Mit TTIP und CETA wird es Sonderklagerechte für ausländische Investoren geben. Unser bewährtes Gerichtssystem wird damit ausgehebelt. Als FREIE WÄHLER sagen wir ganz deutlich: Die Rechtsprechung darf nicht aus der Hand gegeben werden!

„Nur unsere nationalen, demokratisch legitimierten Gerichte sind in der Lage, effektiven Rechtsschutz zu bieten und über alle zu erwartenden Streitfälle kompetent, effizient und kostensparend zu entscheiden."

Florian Streibl, MdL

Waren bei CETA anfangs klassische Schiedsgerichte zur Streitschlichtung zwischen Staaten und ausländischen Unternehmen angedacht, wird nunmehr ein eigener Investitionsgerichtshof verfolgt. Er soll diesem Mechanismus ein rechtsstaatliches und legitimes Antlitz verleihen. Der gefundene Kompromiss ist aber eine Mogelpackung: Deshalb ist auch kein Geringerer als der Deutsche Richterbund gegen die Schaffung dieses neuen Systems. Denn weder das vorgesehene Verfahren zur Ernennung der Richter noch deren Stellung gewährleisten die erforderliche Unabhängigkeit eines Gerichtshofs. Vielmehr entpuppt sich dieses internationale Gericht lediglich als „ständiges Schiedsgericht".

Wenn die Pläne tatsächlich umgesetzt würden, hätte dies verheerende Auswirkungen auf unseren Staat. Denn das Investitionsgericht soll nach den derzeitigen Plänen die Rechtsprechungskompetenz in einer Reihe von sensiblen Bereichen erhalten: vom Zivilrecht über das Verwaltungsrecht bis hin zum Steuerrecht. Wir würden damit also die Rechtsprechung an rechtsprechende Instanzen außerhalb unseres bewährten Gerichtssystems abgeben – das darf nicht sein! ■

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher

TTIP und CETA

Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge

Als FREIE WÄHLER wollen wir die Interessen der Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung stärken. Gerade in diesem Bereich aber können TTIP und CETA enorme Auswirkungen für die Städte und Gemeinden und ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten haben. Nicht zuletzt deshalb wurden bereits in 290 deutschen Kommunen, Städten und Landkreisen kritische bis ablehnende Resolutionen zu den Abkommen TTIP, CETA und auch TiSA erlassen.

Europaweit wurden mittlerweile weit über 2000 Kommunen gezählt, die knapp 80 Millionen Menschen repräsentieren und TTIP sowie CETA kritisch sehen. Mit gutem Grund: Klauseln, die unsere öffentlichen Dienstleistungen schützen sollen, sind laut verschiedenen Gutachten, die etwa von der Hans-Böckler-Stiftung oder dem Staatsministerium Baden-Württemberg in Auftrag gegeben wurden, so unpräzise und schwammig formuliert, dass etliche Einfallstore für einen Weg in die Privatisierung bestehen.

„Es wird bemängelt, dass es insgesamt zu wenige schützende Klauseln gäbe, als dass öffentliche Dienstleistungen wie unsere Wasserversorgung hinreichend geschützt wären."

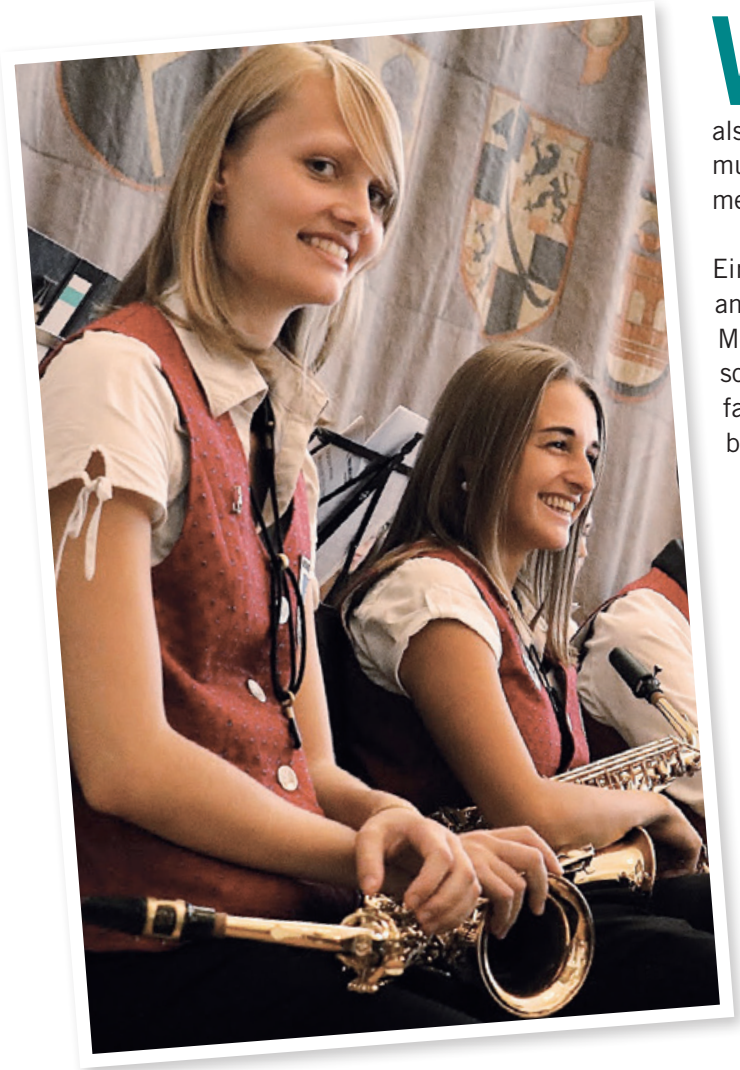
Joachim Hanisch, MdL

Gefährlich sind TTIP und CETA auch wegen der sogenannten Negativlisten. Das wird die Rekommunalisierung von Dienstleistungen erschweren. Strom oder Gasnetze wieder von der Stadt zu betreiben, könnte behindert werden. Die Stadtwerke Köln, aber auch andere kommunale Dienstleister haben bereits in Gutachten vor dieser Gefahr gewarnt. ■

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

Parlamentarischer Abend

Volksmusik verbindet – musikalische Vielfalt in Bayern



Was ist eigentlich Volksmusik? Welche Rolle spielen Volks- und Blasmusik in den Medien? Das ist sicher eine spannende Frage und mehr als 300 Gäste, darunter namhafte Vertreter aus Volksmusik und Heimatpflege, wollten bei unserem Parlamentarischen Abend Antworten darauf geben.

Ein Wermutstropfen wurde gleich zu Beginn der Veranstaltung benannt, nämlich die Tatsache, dass viele Menschen in Bayern die Entscheidung des Bayerischen Rundfunks, die Volksmusik aus dem frei empfangbaren UKW-Programm von Bayern 1 zu nehmen, bedauern.

„Nun, da der BR die Volksmusik aus seinem UKW-Programm verbannt, nehmen wir FREIEN WÄHLER sie noch stärker in unser Programm auf."

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Bayern und Volksmusik gehören nach Ansicht von **Carmen E. Kühnl** vom Verein für Volkslied und Volksmusik e. V. untrennbar zusammen. Sie und viele der Gäste kritisierten daher, dass die Volksmusik jetzt auf eine Digitalfrequenz verbannt wurde, obwohl UKW erst in vielen Jahren abge-

schaltet werden soll. Dabei eignet sich laut **Franz Josef Schramm,** Leiter der Beratungsstelle Volksmusik in Franken, gerade die traditionelle Musik aufgrund ihrer elementaren lebensrelevanten Inhalte wie Liebe und Tod sowie ihrer Funktion als Gebrauchsmusik und ihres geselligen Charakters hervorragend für generationenübergreifende musikalische Bildungsarbeit vom Kindergarten bis zum Seniorenheim.

Wie vielfältig Volksmusik tatsächlich ist, davon konnten sich die Gäste an diesem Abend selbst überzeugen. Mit Monika Drasch, den Kerberbrothers, den Musikern des Jugendblasorchesters Kirchenehrenbach und der Waakirchner Volksmusi war für viel Abwechslung gesorgt.

„Volksmusik ist nicht ‚Folklore', sondern gelebtes Brauchtum und Teil der lebendigen kulturellen Identität Bayerns. Sie ist Heimat für das Herz."

Florian Streibl, MdL,
parlamentarischer Geschäftsführer

Bei der Frage nach der Zukunft der Volksmusik zeigte sich die Musikerin **Monika Drasch** begeistert von deren Vielseitigkeit. Sie sieht die Entwicklung positiv, wobei besonders bemerkenswert ist, dass traditionelle Volksmusik und sogenannte Erneuerer die Szene prägen. Die ursprüngliche Volksmusik ist in ihren Augen der Nährboden, auf dem sie und viele ihrer Kollegen ihre Projekte entwickelten.

Damit die Volksmusik in Bayern auch weiterhin lebendig bleibt, braucht es natürlich Nachwuchs. Doch der Musikunterricht kommt oft zu kurz und es werden immer weniger Kinder an ein Instrument herangeführt, kritisierte Volksmusikpfleger und Musiklehrer **Hans Auer.** Vor allem bedauerte er, dass die Gesangsausbildung an Schulen kaum mehr eine Rolle spiele.

„Jeder sollte die Chance haben, ein Musikinstrument zu erlernen. Dieses Ansinnen soll im Rahmen unserer Bildungspolitik stärker gefördert werden."

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL,
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Bekämpfung von Altersarmut

Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus!

Der Datenreport „Soziale Lage in Bayern 2014“ des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) beweist es: Altersarmut ist bereits heute eines der drängendsten sozialen Probleme in Bayern. Aber nicht nur das – das Risiko für Altersarmut steigt kontinuierlich. Bereits im April veranstaltete die Fraktion zu diesem brisanten Thema einen Parlamentarischen Abend (wir berichteten).

Waren im Jahr 2006 noch 17,6 % der über 65-Jährigen betroffen, so stieg die Zahl bis zum Jahr 2013 auf 22,4 %. Für uns FREIE WÄHLER ist das ein Alarmzeichen dafür, dass endlich gehandelt werden muss.

Umso wichtiger ist es daher, die weitere Absenkung des Rentenniveaus sofort auszusetzen. Die Forderung nach einem solchen Stopp wird von vielen Sozialpolitikern und -verbänden unterstützt. Insbesondere der Sozialverband VdK hat sich bereits im Jahr 2012 genau dafür ausgesprochen. Aktuell lautet der Leitsatz des VdK: „Die Rente muss zum Leben reichen“ – dies unterstützen die FREIEN WÄHLER ausdrücklich.

Bis 2030 soll das Rentenniveau auf nur noch 43 % abgesenkt werden

Nach wie vor verdienen in Bayern Frauen bei gleicher Qualifikation rund 27 % weniger als Männer. Darüber hinaus fällt die Rente von Frauen durch die unterbrochene Erwerbsbiografie (Kindererziehung, Pflege naher Angehöriger und anderes mehr) und durch Tätigkeiten im Mindestlohnbereich drastisch niedriger aus. Das führt zu einem weiteren Absinken des Rentenbezugs. Frauen erhalten oftmals schon heute eine Rente, die ihnen im Alter die Teilnahme am sozialen Leben erschwert, wenn nicht sogar unmöglich macht.

„Einer der gravierendsten Gründe für Altersarmut im Freistaat sind die geringen Renten.“

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL, pflegepolitischer Sprecher, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

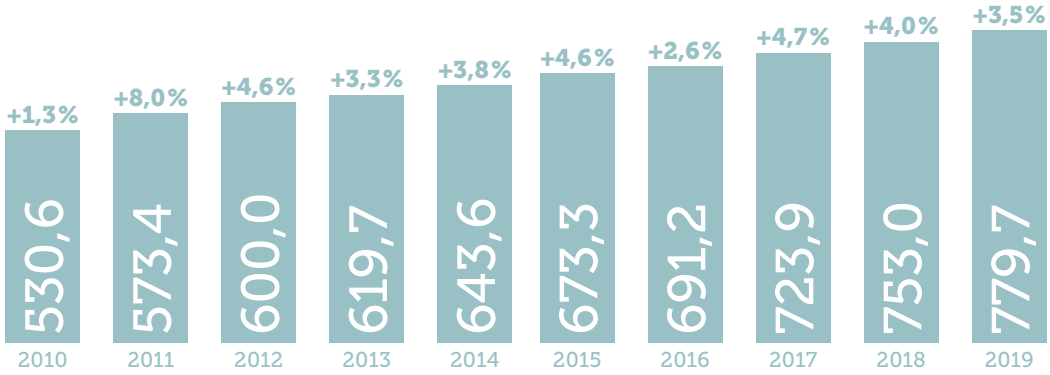
Mit einem aktuellen Dringlichkeitsantrag haben wir von der Staatsregierung gefordert, sich auf Bundesebene für eine sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus einzusetzen. Leider wurde dieser Antrag mit Stimmen von CSU, SPD und Grünen abgelehnt!

Namhafte Experten bestätigen immer wieder, dass für viele Menschen in Bayern ihre Rente zum Leben nicht mehr reicht. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Pflegepolitischer Sprecher, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sprudelnde Einnahmen

Steueraufkommen in Deutschland in Mrd. EUR sowie Steigerung in % gegenüber dem Vorjahr. Quellen: BMF, Arbeitskreis Steuerschätzungen, November 2014; Statista



Das Steuerkonzept der FREIEN WÄHLER

Steuerzahler entlasten!

Die Wirtschaft brummt, aber Millionen von Arbeitnehmern und selbständigen Unternehmern sowie Freiberuflern profitieren davon viel zu wenig. Der Grund dafür sind hohe Steuern, die vor allem die Bezieher mittlerer Einkommen belasten. Ein wichtiges Ziel unseres Steuerkonzepts ist daher die dringend notwendige Entlastung für diese Gruppe. Wir wollen, dass sich der Wirtschaftsaufschwung auch endlich wieder im Geldbeutel des Steuerzahlers positiv bemerkbar macht. Gerade in Zeiten von Niedrigzinsen, in denen Sparguthaben so gut wie keine Erträge mehr bringen, ist dies besonders notwendig.

Konkret fordern wir die Abschaffung der kalten Progression, die Anpassung von Pauschalen, Freibeträgen und Einkommensgrenzen an das aktuelle Preisniveau sowie eine ersatzlose Streichung des Solidaritätszuschlags. Außerdem brauchen wir endlich eine deutliche Vereinfachung des Steuerrechts mit einem sinnvollen Maß an Ausnahmetatbeständen. Eine weitere Kernforderung ist für uns FREIE WÄHLER die einheitliche Besteuerung von Kapital und Arbeit.

Des Weiteren wollen wir mit gutem Grund die komplette Abschaffung der Erbschaftsteuer. Diese Steuer ist eine reine Vermögensteuer. Das besteuerte Vermögen ist allerdings schon vor der Erbschaft vielfach besteuert worden. Mit anderen Worten: Wenn Erbschaften besteuert werden, werden die Erben enteignet. Dabei ist gerade Eigentum ein zentraler Baustein der Nachhaltigkeit. Es verpflichtet im eigenen Interesse zu nachhaltigem, generationsübergreifendem Handeln. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer ist leistungsfeindlich und kann sogar ein zusätzliches Motiv für Steuerflucht darstellen. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt, dass eine Steuersenkung bei den Leistungsträgern die Wirtschaft entsprechend ankurbeln und sich damit selbst refinanzieren würde.

Im Interesse der bayerischen Steuerzahler wollen wir auch eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. In unseren Augen ist es ein Skandal, dass Bayern über fünf Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich zahlt, während Länder wie Berlin davon profitieren. Wir sehen hier die Nehmerländer deutlich mehr in der Verantwortung, ihre strukturellen Defizite zu beseitigen. Es kann schließlich nicht sein, dass Nehmerländer Geld für etwas ausgeben, auf das die Geberländer im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verzichten. Wir fordern daher ein anreizbasiertes System, das die Eigenverantwortlichkeit aller Bundesländer stärkt, und eine Reduzierung der Zahlungen für unser Land um zwei Milliarden Euro. Dieser Betrag wird in den kommenden Jahren dringend gebraucht, um die Kommunen bei der Bewältigung insbesondere der Integrationsausgaben angemessen zu unterstützen und gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu realisieren. ■

> „Der Staat ist der große Gewinner zu Lasten unserer Leistungsträger."
>
> *Bernhard Pohl, MdL, finanzpolitischer Sprecher*

Bernhard Pohl, MdL
Finanzpolitischer Sprecher

Jugendfreistellungsgesetz

Wie wichtig sind der CSU jugendpolitische Belange?

Bereits vor fast zwei Jahren haben wir FREIE WÄHLER unseren Gesetzentwurf für eine Novellierung des Freistellungsgesetzes zum Zwecke der Jugendarbeit vorgelegt. Dieses Gesetz, das insbesondere den ehrenamtlichen Ferienbetreuern einen unentgeltlichen Anspruch auf Freistellung von ihrer Arbeit sichert, ist nämlich inzwischen deutlich älter als seine Zielgruppe und damit deutlich in die Jahre gekommen. Unser Gesetzentwurf griff dabei essenzielle Forderungen der Jugendverbände auf, berücksichtigte gleichzeitig aber auch die Interessen der Arbeitgeber. Denn sie müssen dem freigestellten Mitarbeiter zwar für diese Zeit kein Gehalt zahlen, doch die Arbeit bleibt trotzdem liegen und die Kunden wollen ja trotzdem ihre Leistung erhalten.

Um diesen Spagat zu bewältigen, haben wir daher im Sinne der Jugendarbeit von Anfang an auf ein Miteinander zwischen den Fraktionen gesetzt. Leider jedoch vergeblich. Unsere Vorstöße, dieses Thema fraktionsübergreifend anzugehen – wie es viele Jahre lang in Jugendfragen üblich war –, wurden von den anderen Fraktionen schlicht ignoriert.

Nun, fast zwei Jahre später, haben die übrigen Fraktionen dann eigene Gesetzentwürfe eingereicht. In vielen Punkten herrscht Einigkeit, in einigen Details wird man Kompromisse finden müssen. Klar ist jedoch: Unter dem Strich wird sich die Situation für die Jugendlichen verbessern.

Uns ärgert jedoch etwas ganz anderes: Denn obwohl wir FREIE WÄHLER darauf gedrängt haben, das Gesetz nun endlich noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen und so bereits in der Ferienzeit, also der Hochsaison für Ferienlager, die ja der Hauptgegenstand des neuen Gesetzes sind, anzuwenden, wurde die Verabschiedung noch einmal unnötig verzögert. Hier drängt sich schon die Frage auf, wie wichtig der CSU jugendpolitische Belange überhaupt sind. Wenn alles gut läuft, wird das neue Gesetz nun zum Jahresende in Kraft treten – wenn die anderen Fraktionen es nicht noch weiter verzögern. ■

Eva Gottstein, MdL
Jugendpolitische Sprecherin

Verschärfung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Bundestag bremst Hauskäufer und Senioren aus

Trotz historisch niedriger Zinsen platzt für viele Familien derzeit der Traum vom Eigenheim. Der Grund: Der Bundestag hat die Kreditvergabe neu geregelt und es für Kreditnehmer schwieriger gemacht, sich Geld zu leihen.

Das ist für uns inakzeptabel. Die Regionalbanken haben schon bisher die Kreditvergabe verantwortungsvoll praktiziert und sollten bei ihren Entscheidungen nicht unnötig eingeschränkt werden. Banken können der neuen Regelung folgend künftig einem Wohnimmobilienkredit nur noch dann zustimmen, wenn dieser innerhalb der statistischen Lebenserwartung des Kreditnehmers vollständig beglichen werden kann.

Zudem dürfen die Kreditinstitute den Wert der Immobilie bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit nicht mehr als Hauptkriterium wählen. Und das hat zur Folge, dass Haushalte ohne hinreichendes Eigenkapital bei einer Finanzierung künftig kaum noch eine Chance haben, einen Kredit zu erhalten. Die FREIEN WÄHLER fordern daher in einem Dringlichkeitsantrag schnellstens Verbesserungen. Denn es ist offensichtlich: Für Haushalte mit geringem Einkommen, junge Familien und ältere Menschen wird die Kreditvergabe künftig erschwert.

Eine Nachjustierung des Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften ist deshalb für uns unerlässlich. Erfreulicherweise wurde dem Antrag mit den Stimmen der CSU und der Grünen im Bayerischen Landtag auch zugestimmt. So steht nun zu hoffen, dass die notwendigen Verbesserungen auch schnellstmöglich erfolgen. ■

Alexander Muthmann, MdL
Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

„Banken müssen nun die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden strenger prüfen – schon ein Kinderwunsch kann als Risikofaktor betrachtet und daher negativ ausgelegt werden."

Alexander Muthmann, MdL, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

Kommunalkongress in Nürnberg

Der 2. Bayerische Kommunalkongress der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fand in der Nürnberger Meistersingerhalle statt. Die Teilnehmer erwarteten auch dieses Mal ein interessantes Programm und prominente Gäste.

Der erste Teil der Veranstaltung stand im Zeichen der **Asyl- und Flüchtlingspolitik.** Gerade Kommunalpolitiker müssen für die Integration und die Akzeptanz durch die heimische Bevölkerung Zeichen setzen. Besorgten Menschen die Wurzeln ihrer Ängste zu nehmen kann nur durch sachliche Argumentation der Politik und mit geeigneten Maßnahmen wie Spracherwerb, einem ausreichenden Kita- und Schulangebot, einer massiven Stärkung des Wohnungsbaus und einer raschen Job-Vermittlung gelingen.

Bei der Podiumsdiskussion konzentrierte sich Burkhard Körner, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, auf die **aktuelle Sicherheitslage:** Zwar hätten

auch einige mutmaßliche Terroristen die Flüchtlingsroute genutzt, die Anschläge der vergangenen Monate seien jedoch alle von Personen verübt worden, die schon länger in Europa gelebt hätten. Nach Ansicht Körners versucht die Terrormiliz „IS“ so, die Flüchtlingsroute zu diskreditieren. Aufgabe der Politik ist es, mit den Bürgern offen über Ängste in Zusammenhang mit fremden Kulturen und islamistischen Anschlägen zu sprechen, darin waren sich alle Teilnehmer der Veranstaltung einig.

Die Kommunen tragen hier eine besondere Verantwortung. Sie sind gefordert, rechtsextremistischen Umtrieben keinen Raum zu lassen. Insbesondere bei neu entstehenden Asylbewerbereinrichtungen muss der Dialog mit den Menschen so früh wie möglich beginnen, um eine breit angelegte Akzeptanz zu schaffen. Nur so kann eine erfolgreiche Integration gelingen und dem Rechtsextremismus entgegengewirkt werden.

Eine weitere Podiumsdiskussion widmete sich den umstrittenen **Freihandelsabkommen.** Welche Auswirkungen die Freihandelsabkommen auf die kommunale Daseinsvorsorge und insbesondere auf die kommunale Wasserversorgung haben, diskutierte Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL, gemeinsam mit Dr. Durmus Ünlü von der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft und Peter Ziegler, Diözesansekretär der Katholischen Arbeitnehmerbewegung.

Ünlü warnte vor einer **Kommerzialisierung des Wassers durch die Freihandelsabkommen.** Mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens werde sich der Markt sofort öffnen. Ein Zurück wird es dann nicht mehr geben, weil eine Rückabwicklung angesichts der Dimension des Abkommens kaum möglich ist. Auch die Katholische Arbeitnehmerbewegung engagiert sich im Bündnis für ein Volksbegehren gegen CETA. Ziegler betonte, die Kirche sehe die globale Verantwortung und auch den einzelnen Menschen, sie betrachtet zudem Wasser als Menschenrecht, nicht als Ware. Die Freihandelsabkommen grenzten aber ganze Regionen der Welt aus. ■

Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Lesen Sie mehr zu unserem Schwerpunktthema **CETA/TTIP** ab Seite 8

Stimmen zum Kommunalkongress

„In den Kommunen trifft das Gesetz auf die Menschen. Deshalb wollen wir von unseren Gästen hören, was wir im Bayerischen Landtag tun können, um unsere Bürgermeister und kommunalen Mandatsträger vor Ort noch besser zu unterstützen.“

Florian Streibl, MdL, parlamentarischer Geschäftsführer

„Integrationspolitik soll einerseits den zu uns Geflüchteten helfen – sie muss jedoch andererseits auch den sozialen Frieden in Deutschland bewahren helfen.“

Alexander Hold, Kandidat der FREIEN WÄHLER für das Amt des Bundespräsidenten

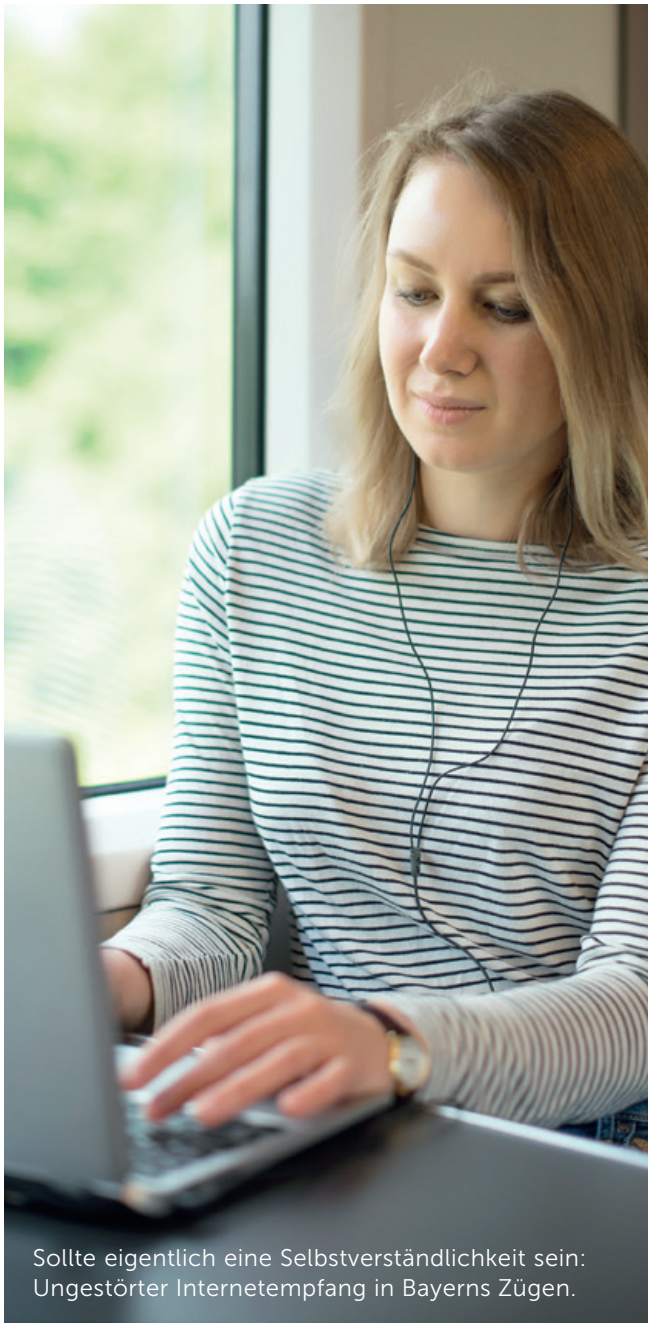
„Die FREIEN WÄHLER haben die Gefahren der Freihandelsabkommen TTIP und CETA sehr früh erkannt und die Staatsregierung aufgefordert, drohende Gefahren für Bayern abzuwehren.“

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL, Vorsitzender im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

Antrag der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Schnelles Internet in Bayerns Zügen

Ein leistungsfähiger und unterbrechungsfreier Handyempfang und die Nutzung des mobilen Internets sind für viele Fahrgäste der Deutschen Bahn heute wichtiger denn je. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat daher ein Antragspaket mit insgesamt drei Anträgen für ein „Schnelles Internet in Bayerns Zügen“ eingereicht. Darin fordern wir eine lückenlose und leistungsfähige Mobilfunkversorgung entlang bayerischer Bahnstrecken, freies WLAN in allen Regionalzügen und eine Ausrüstung der Schienenfahrzeuge mit Signalverstärkern, damit das an der Bahnstrecke empfangene Signal auch im Zuginneren ankommt.



Sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein: Ungestörter Internetempfang in Bayerns Zügen.

Da entlang von Autobahnen die Mobilfunknetze meist sehr gut ausgebaut sind, gilt es, in diesem Bereich eine Chancengleichheit mit den Fernbusanbietern herzustellen. Bei allen Neuausschreibungen durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) soll verpflichtend festgelegt werden, dass die Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) in ihren Zügen freies WLAN anbieten müssen. Da bereits laufende Verträge meist aber noch über viele Jahre bestehen, soll auch das bereits verkehrende Fahrzeugmaterial nachgerüstet werden.

Um im Zug einen guten Mobilfunkempfang für Telefonie und Internetnutzung zu erhalten, muss das an der Bahnstrecke empfangene Signal auch im Zuginneren ankommen. Dies ist vor allem ein Problem bei neueren Zügen mit bauartbedingt höherer Dämpfung – das sind derzeit rund 55 % aller Züge. Abhilfe schaffen hier sogenannte Repeater, die das Mobilfunksignal mit Hilfe einer Außenantenne am Zug aufnehmen, verstärken und in den Innenraum des Zuges weiterleiten. Repeater stellen eine relativ kostengünstige und unkomplizierte Möglichkeit dar, den Mobilfunkempfang in Zügen rasch und deutlich zu verbessern, da die Kunden im Gegensatz zum WLAN-Empfang mit ihrem eigenen Mobilfunkvertrag im Internet surfen.

Zudem wird nicht nur der Internet-, sondern auch der Telefonempfang verbessert. Wir fordern deshalb auch, bei Ausschreibungen durch die BEG den Einsatz von Signalverstärkern (Repeatern) in den Zügen verbindlich vorzuschreiben und in Zusammenarbeit mit den bereits verkehrenden Bahnunternehmen im bayerischen Schienenpersonennahverkehr die Nachrüstung der bereits im Einsatz befindlichen Wagen mit Repeatern voranzutreiben. ■

Thorsten Glauber, MdL
Verkehrspolitischer Sprecher

Forschungsreaktor Garching

Die unterschätzte Gefahr

Der Forschungsreaktor Garching während Bauarbeiten im Sommer 2016.

In der öffentlichen Debatte ist das Thema noch kaum angekommen, obwohl es im wahrsten Sinne des Wortes hochbrisant ist: Ab dem Jahr 2018 wird es regelmäßig CASTOR-Transporte vom Forschungsreaktor FRM II in Garching in das Zwischenlager Ahaus in Nordrhein-Westfalen geben. Auf meine Anfrage hin erklärte die Bayerische Staatsregierung, dass von den 50 Lagerpositionen für abgebrannte Brennelemente im Absetzbecken des FRM II bereits 36 belegt seien. Bis zum Jahr 2036 werde es daher 17 CASTOR-Transporte aus Garching geben.

Im Gegensatz zu den deutschen Kernkraftwerken kommen beim FRM II Brennelemente mit auf 93 Prozent angereichertem, potenziell waffenfähigem Uran zum Einsatz. Zum Vergleich: Der Anreicherungsgrad des Urans von Brennelementen in Kernkraftwerken beträgt nur drei bis vier Prozent. Ursprünglich sah eine Vereinbarung zwischen Bund und Freistaat Bayern vor, den FRM II bis spätestens Ende 2010 auf einen Betrieb mit weniger angereichertem Uran umzurüsten. Dazu war die TU München als Betreiberin aber offenbar technisch nicht in der Lage und so wurde die Umrüstung kurzerhand bis Ende 2018 verschoben.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir die schnellstmögliche Umrüstung auf niedriger angereichertes Uran, damit nicht noch mehr Atommüll mit hochangereichertem Uran anfällt. Schließlich sind an den FRM II seit 2004 rund 15 Millionen Euro an Fördermitteln von Bund und Land für die Entwicklung eines niedriger angereicherten Brennstoffs geflossen.

In meiner Anfrage informierte ich mich außerdem über die jährlichen Kosten für Prüfungen, Begutachtungen und Inspektionen. Lukrativ ist der FRM II demnach vor allem für die TÜV Süd Industrie Service GmbH. Diese erhält hierfür jedes Jahr Millionenbeträge: seit Baubeginn rund 44 Millionen Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. ■

Benno Zierer, MdL
Umweltpolitischer Sprecher

Konventionelles Fracking in Sandgestein weiterhin erlaubt

Fracking – FREIE WÄHLER sagen Nein!

Ein Jahr lang hat man von der Bundesregierung nichts mehr zum Thema Fracking gehört, nun wurde innerhalb weniger Tage und von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt eine neue Regelung durch den Bundestag gepeitscht. Sie stellt zwar eine gewisse Verbesserung dar, verbietet aber Fracking nicht bundesweit. Für uns FREIE WÄHLER wäre aber genau das erforderlich: Wir fordern mit gutem Grund ein bundesweites Verbot ohne Wenn und Aber.

In den USA gab es bereits nachweislich mehrere Fälle, in denen das Grundwasser beim Fracken verseucht wurde. So etwas darf in Deutschland keinesfalls passieren! Fracking gefährdet das Grundwasser in mehrfacher Hinsicht sowohl durch Chemikalien als auch durch das Methan selbst. Hinzu kommen Gefahren durch das Lagerstättenwasser, das Quecksilber und krebserregendes Benzol enthält, und durch giftige Bohrschlämme. In Niedersachsen, wo bereits seit Jahren konventionell gefrackt wird, gab es bereits mehrfach belegte Verseuchungen von Boden und Wasser mit Benzol. Trotz dieser Risiken für Mensch und Umwelt bleibt konventionelles Fracking in Sandgestein auch weiterhin erlaubt. Unterirdische Grundwasserläufe machen aber nicht an Landesgrenzen halt – und deshalb ist ein relativ großer Umkreis um eine Frackingbohrung herum potenziell gefährdet. Deutschlandweit soll es außerdem vier Fracking-Erprobungsmaßnahmen für unkonventionelles Fracking in Schiefer-, Ton-, Mergel- und Kohleflözlagerstätten geben. Unserer Meinung nach stehen bei Fracking Risiko und Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis und wir lehnen es daher kategorisch ab. Die Staatsregierung muss jetzt alle ihr vom Bundesgesetzgeber eingeräumten Möglichkeiten nutzen, um wenigstens in Bayern Fracking zu verhindern. Andernfalls setzt sie möglicherweise unser kostbares Trinkwasser aufs Spiel. ■

Thorsten Glauber, MdL
Wirtschaftspolitischer Sprecher

FREIE WÄHLER fordern einen Haftungsfreistellungsfonds für Hebammen

Steht die Geburtshilfe in Bayern bald vor dem Aus?

Hebammen schlagen Alarm: Von 2002 bis 2016 haben sich die Haftpflichtversicherungsprämien für diese Berufsgruppe mehr als verzehnfacht. Inzwischen muss eine Hebamme, die freiberuflich Geburtshilfe anbietet, über 6800 Euro nur für ihre Berufshaftpflichtversicherung bezahlen. Dabei ist es egal, ob sie als Hausgeburts- oder Geburtshaushebamme vielleicht nur wenige Geburten im Jahr begleitet oder ob sie als sogenannte Beleghebamme im Krankenhaus arbeitet. Viele Hebammen können die Prämien aufgrund ihres ohnehin schon niedrigen Verdienstes nicht mehr erwirtschaften.

Erweisen sich die mit den Haftpflichtversicherern vereinbarten Schadenshöchstsummen als zu niedrig, droht freiberuflich tätigen Hebammen außerdem die Haftung mit ihrem privaten Vermögen. Der von Bundesgesundheitsminister Gröhe eingeführte Sicherstellungszuschlag bedeutet zwar eine finanzielle Entlastung für die Hebammen, aber er stellt keine langfristige Lösung dar, da mit dem absehbaren weiteren Steigen der Beiträge zur Haftpflichtversicherung die Differenz zwischen Zuschlag und Beitrag immer größer wird.

Wir FREIE WÄHLER weisen bereits seit Jahren auf die gesamtgesellschaftliche Bedeutung unserer Hebammen hin und haben daher im Bayerischen Landtag einen Haftpflichtfonds gefordert, an dem sich auch private und gesetzliche Krankenkassen sowie der Staat beteiligen müssen. Bislang wurde unsere Forderung aber immer abgelehnt. Damit wird die Bayerische Staatsregierung ihrer Verantwortung für unsere Mütter und Kinder nicht gerecht! Angesichts immer weiter steigender Versicherungsprämien muss schnellstens eine Lösung gefunden werden, ansonsten stehen noch mehr Hebammen vor dem beruflichen Aus.

Wir fordern deshalb, eine gesetzliche Grundlage zur Errichtung eines zweckgebundenen Haftungsfreistellungsfonds zu schaffen. Diese muss gewährleisten, dass Hebammen, die angemessen haftpflichtversichert waren, von der Haftung mit ihrem Privatvermögen freigestellt werden. Die Entschädigung von Opfern sollte in diesen Fällen der Fonds übernehmen. Darüber hinaus sollten fallbezogene Haftungshöchstgrenzen für Hebammen festgesetzt werden. Eventuell weiter gehende Ansprüche der Geschädigten übernimmt ebenfalls der Fonds.

Auf diese Weise wollen wir im Interesse von Müttern und Kindern sicherstellen, dass der wichtige Beruf der Hebamme auch weiterhin bestehen kann. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Gesundheitspolitischer Sprecher

„Wenn das gesellschaftlich anerkannte Berufsbild der in der Geburtshilfe tätigen Hebamme erhalten werden soll, bedarf es einer grundlegenden Lösung, für die nicht allein die Hebammen verantwortlich sein können, sondern die gesamte Gesellschaft."

Dr. Karl Vetter, MdL, gesundheitspolitischer Sprecher

„Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern und eine ausreichende Finanzierung der Kommunen – das fordern die FREIEN WÄHLER seit ihrem Einzug in den Bayerischen Landtag."

Treffen der Fraktion mit dem Bayerischen Gemeindetag und mit FREIE WÄHLER Landräten

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion – ein starker Partner für Kommunalpolitiker

Wir FREIEN WÄHLER haben unsere Wurzeln in der Kommunalpolitik. Vor diesem Hintergrund sehen wir Abgeordneten einen regelmäßigen Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit Kommunalvertretern als unverzichtbar für unsere parlamentarische Arbeit. Vor der Sommerpause standen hier mit einem Gedankenaustausch mit dem Bayerischen Gemeindetag bzw. mit FREIE WÄHLER Landräten aus ganz Bayern zwei wichtige Termine an.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern und eine ausreichende Finanzierung der Kommunen – das fordern die FREIEN WÄHLER seit ihrem Einzug in den Bayerischen Landtag. Auch beim Treffen mit Vertretern des Bayerischen Gemeindetags kamen diese Themen wieder zur Sprache. 15 % vom Steuerverbund für die Kommunen, lautet hier die übereinstimmende Forderung von FREIEN WÄHLERN und Gemeindetag. Weitere wichtige Diskussionspunkte waren die umstrittene Straßenausbaubeitragssatzung und die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas). Während die Ersterschließung vom Freistaat gefördert wurde und so die Gebühren niedrig gehalten werden konnten, ist in vielen Kommunen unklar, wie die mittlerweile dringend anstehende Sanierung der Wasser- und Abwasserleitungen finanziert werden soll. Als Landtagsfraktion sind wir hier bereits mehrfach parlamentarisch aktiv geworden. In einem Antrag haben

„Zur Bewältigung der Integration von Flüchtlingen ist dringend ausreichend Wohnraum für sozial Bedürftige nötig."

wir die Staatsregierung zuletzt aufgefordert, die RZWas 2016 dahingehend zu ändern, dass sich die Zahl der förderfähigen Vorhaben in Bayern mindestens verdoppelt. Die entsprechenden Haushaltsmittel sollen im Doppelhaushalt 2017/18 eingeplant werden.

Die Integration von Flüchtlingen war ein wichtiges Thema bei unserem Gespräch mit Landräten und Landrätinnen aus ganz Bayern. Zur Bewältigung dieser Aufgabe ist dringend ausreichend Wohnraum für sozial Bedürftige nötig. Das staatliche Förderprogramm für Kommunen muss aber schnellstmöglich so geändert werden, dass auch Wohnbaugesellschaften mit einer kommunalen Beteiligung von mehr als 50 % in den Genuss der Förderung kommen. Ansonsten wird das Programm nicht erfolgreich sein. Auch steuerliche Sonderabschreibungen könnten zu mehr sozialem Wohnraum beitragen. Die Fraktion hat bereits einen Antrag eingebracht, in dem sie im Rahmen des „Wohnungspaktes Bayern" einen unbürokratischen und erhöhten Mitteleinsatz fordert, um gezielt die Revitalisierung von innerörtlichen Gebäuden zu verstärken. Neben der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum soll dabei der Fokus auch auf den Erhalt gewachsener Strukturen im ländlichen Raum gelegt werden.

Sind anerkannte Asylbewerber Obdachlose im Sinne des Art. 7 LStVG und besteht deshalb für Gemeinden eine Pflicht zur Unterbringung? Diese beim Treffen aufgeworfene wichtige Frage konnten wir mit einer Anfrage zum Plenum klären und den Kommunen damit Rechtssicherheit in einem drängenden Problem schaffen.

Ein weiteres wichtiges Thema bei diesem Treffen war die Lebensmittelüberwachung. In Übereinstimmung mit den Landkreisen wollen wir die Zuständigkeit für die Kontrolle von regionalen Kleinbetrieben auch weiterhin bei den Kreisverwaltungsbehörden belassen und haben dazu einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht. ■

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Gegen den stetigen Personalabbau

Der öffentliche Dienst muss attraktiv bleiben!

Der öffentliche Dienst in Bayern ist das Rückgrat des Staates – das ist unbestritten. Die Beschäftigten haben gute Arbeitsbedingungen, in der Regel eine ordentliche Vergütung und nicht zuletzt viele interessante und wichtige Aufgaben. Keine Frage, Beamte und Tarifbeschäftigte aus anderen Bundesländern schauen nicht selten mit neidvollen Blicken nach Bayern.

Sich mit der aktuellen Situation zufriedenzugeben, würde jedoch einen Stillstand bedeuten. Wir FREIE WÄHLER sind daher gefragt, genauer hinzuschauen. Im Vorfeld der Haushaltsberatungen haben uns die Beschäftigten und die Gewerkschaften auf zahlreiche Baustellen hingewiesen. Die größten dieser Baustellen wollen wir im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 anpacken.

Ein Dauerbrenner ist unsere Forderung nach der Streichung des Art. 6b des Haushaltsgesetzes. Dieses Relikt aus der Stoiber-Ära, das einen stetigen Personalabbau festschreibt, hat sich längst als untauglich erwiesen. Nicht umsonst müssen die eingesparten Stellen in vielen Bereichen durch neue Stellen wieder aufgefangen werden. Unter dem Strich wird der Personalabbau damit zwar gebremst – doch das einzig Vernünftige ist eine sofortige Streichung dieses Paragrafen.

Streichen möchten wir auch die Wiederbesetzungssperre, die festschreibt, dass frei werdende Stellen erst nach drei Monaten wieder besetzt werden dürfen. Hierfür gibt es kein nachvollziehbares Argument, denn gerade das Einlernen des neuen Beschäftigten durch den Vorgänger ist wichtig, um Wissen zu erhalten, die Kollegen nicht zusätzlich zu belasten und auch um sicherzustellen, dass Bürgeranfragen weiterhin zeitnah beantwortet werden.

Kundenzufriedenheit durch Mitarbeiterzufriedenheit – dieser Zusammenhang ist wissenschaftlich belegt. Aus unserer Sicht müssen daher auch schnellstmöglich die Beförderungsstaus im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Noch immer werden viel zu wenige Beförderungsstellen geschaffen. Auch hier werden wir im Rahmen der Haushaltsverhandlungen Nachbesserungen fordern. ■

Peter Meyer, MdL
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes

FRAKTION VOR ORT ...

... in Landshut

Hormonfleischimporte, Abschaffung des Meisters in Handwerksberufen, Aushöhlung des Rechtsstaates und Privatisierungsdruck auf die öffentliche Daseinsvorsorge: Das wären die unvermeidlichen Auswirkungen der Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Über den aktuellen Stand der Verhandlungen zu TTIP und CETA berichtete MdL Jutta Widmann in Landshut.

... in Münchberg

Peter Meyer, MdL, Gerlinde Baderschneider, FW-Stadträtin Naila und Vorsitzende FW-Ortsverein Naila, Rainer Ott, Stadtrat und Vorsitzender der Wählergemeinschaft Münchberg, Max Petzold, 2. Bürgermeister, Stadtrat, Fraktionssprecher, Kreisrat (Wählergemeinschaft Münchberg), bei einer weiteren Veranstaltung gegen TTIP und CETA.

ABGEORDNETE IM PORTRÄT

„Ich engagiere mich …

… in der Politik, weil ich Menschen helfen will. Mir ist wichtig, dass das ehrenamtliche Engagement von Bürgern noch mehr Anerkennung findet als heute, weil ehrenamtliches Engagement der Kitt ist, der unsere Gesellschaft zusammenhält."

Dr. Hans Jürgen Fahn

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Geboren am 9. Juli 1952

Wohnort: Erlenbach am Main

Verheiratet, 3 Kinder

Beruf: Studiendirektor a. D.

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, wäre mein Wunsch, …
… dafür zu sorgen, dass niemand in unserem reichen Land Bayern mehr Angst vor Armut haben muss. Denn eine solche Angst verhindert Lebensfreude und Wohlbefinden, macht krank und schafft Unfrieden.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich …
… sofort wieder Abgeordneter im Bayerischen Landtag werden, denn mir macht die Arbeit als MdL Freude.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich …
… mit ihnen reden, sie um Rat fragen und in die Verantwortung mit einbeziehen! Nur wenn es gelingt, sie einzubinden, können wir auf sie zählen! Gut sind Jugendparlamente! Dazu lade ich Jugendliche zu Landtagsfahrten ein. Außerdem setze ich mich z. B. für eine Verbesserung der Lehrerversorgung ein, um dadurch den Jugendlichen zu vermitteln, dass durch den Einsatz der Politiker aus ihrem Landkreis sich tatsächlich für junge Menschen etwas zum Positiven verändern kann.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich …
… den Spitzingsee (in 1100 m Höhe) vorschlagen; dieser See begeistert mich im Winter und im Sommer.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich …
… alle meine Freunde zu einer oder mehreren Flaschen Frankenwein einladen und von alten Zeiten reden, aber trotzdem nicht vergessen, am Abend meine Mails zu lesen.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich …
… dafür sorgen, dass der Eine-Welt-Gedanke auch tatsächlich umgesetzt wird und nicht die reichen Länder immer reicher und die armen Länder immer ärmer werden.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich …
… sehen wollen, wie Deutschland die Aufgabe der Integration der Flüchtlinge im Jahre 2026 bewältigt hat.

WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Mittwoch, 29. Juni

In einem Antrag fordern die FREIEN WÄHLER, die kalte Progression abzuschaffen und mittlere Einkommen zu entlasten. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler führt die kalte Progression allein im Jahr 2017 zu Mehreinnahmen in Höhe von etwa drei Mrd. Euro. Diese versteckte Steuererhöhung betrifft vor allem die Mittelschicht und dort besonders den unteren Einkommensbereich.

Dienstag, 19. Juli

In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Neuausarbeitung des Bundesteilhabegesetzes unter enger Einbindung der betroffenen Verbände einzusetzen und in diesem Zusammenhang das Gesetz in der derzeitigen Fassung abzulehnen. Der im Juni 2016 veröffentlichte Kabinettsentwurf hatte unter den Verbänden sowie unter den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern massive Kritik hervorgerufen.

Donnerstag, 21. Juli

Die Enquete-Kommission „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“ konstituiert sich. Ihre Kernaufgaben werden die Untersuchung der Situation von Migrantinnen und Migranten in Bayern, der Chancen, Risiken und Herausforderungen, die die Integration der nach Bayern zugewanderten Menschen mit sich bringt, sowie der Grundlagen und Rahmenbedingungen einer erfolgreichen und zukunftsgerichteten Integrations- und Migrationspolitik im Freistaat sein. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist mit ihrem integrationspolitischen Sprecher Dr. Hans Jürgen Fahn in diesem Gremium vertreten.

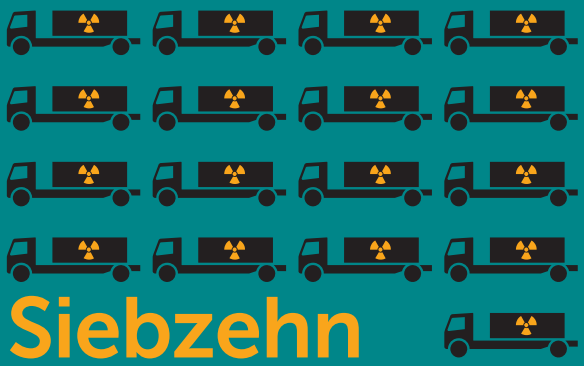
KURZ BERICHTET

Besuch der Fraktion in Brüssel

Auf Einladung der Europaabgeordneten Ulrike Müller reisten Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion zu einem Informationsbesuch nach Brüssel.

Auf dem Programm der Visite standen unter anderem Gespräche in der Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union, im Europabüro der bayerischen Kommunen sowie mit Mitgliedern der Europäischen Demokratischen Partei (EDP). Im Gespräch mit Dr. Klaus Nutzenberger, Direktor des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Brüssel, ließen sich die Abgeordneten über die aktuellen Kernthemen der Europäischen Kommission informieren. Nutzenberger berichtete über den sogenannten Juncker-Plan – ein neues Programm der EU, das für mehr Investitionen in die Infrastruktur der Kommunen sorgen soll. ■

Zahl des Quartals



Siebzehn

CASTOR-Transporte wird es ab 2018 vom Forschungsreaktor FRM II im bayerischen Garching ins Zwischenlager Ahaus in Nordrhein-Westfalen geben. Im Gegensatz zu den deutschen Kernkraftwerken kommen beim FRM II Brennelemente mit auf 93 Prozent angereichertem, potenziell waffenfähigem Uran zum Einsatz.

Wollen Sie weiterhin kostenlos die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erhalten?

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname Name

Straße/Hausnummer PLZ/Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zweck der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift